

„Obama hätte gegen Trump gewonnen“

Der Heidelberger Amerikahistoriker Manfred Berg über die politische Bilanz und die Beliebtheit des scheidenden US-Präsidenten

Von Christian Altmeier



Heidelberg. Manfred Berg (Foto: privat) ist Curt-Engelhorn-Stiftungsprofessor für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg und Mitglied im Direktorium des Heidelberg Center for American Studies (HCA).

Herr Professor Berg, welche Note würden Sie Barack Obama für seine Präsidentschaft geben?

Wie seine Präsidentschaft abschließend zu beurteilen ist, wird sich vermutlich erst in zwei oder drei Jahrzehnten herausstellen. Ich würde ihn aber trotzdem insgesamt als einen guten Präsidenten bezeichnen.

Was war sein größter Erfolg?

Als er ins Amt kam, hatte er es direkt mit der schwersten Weltwirtschaftskrise seit der Großen Depression zu tun. Diese zentrale Herausforderung hat er wirklich sehr, sehr gut gemeistert. Es gab ja durchaus realistische Horrorszenerien über einen Kollaps der Weltwirtschaft wie im Jahr 1929. Mit seiner expansiven Ausgabenpolitik hat Obama wesentlich dazu beigetragen, die Wirtschaft zu stabilisieren – wenn auch um den Preis einer stärkeren Staatsverschuldung.

Und was ist ihm gar nicht gelungen?

Da wäre zuerst die Außenpolitik zu nennen, vor allem was den Krieg in Syrien betrifft. Zwar hat Obama auch außenpolitisch ein schweres Erbe angetreten. Die USA führten Krieg in Irak und Afghanistan und die amerikanische Bevölkerung war dafür, das internationale Engagement zu reduzieren. Aber es hat sich gezeigt, dass es auch schwerwiegende Folgen haben kann, wenn sich der Welt-politizist USA zu sehr zurückhält. Das Machtvakuum, das im Mittleren Osten entstanden ist, haben etwa der Iran und Putins Russland ausgefüllt. Hier wird die aktuelle Schwäche amerikanischer Machtpolitik unter Obama sehr deutlich.

Könnte Obama die Verleihung des Friedensnobelpreises rechtfertigen?

Er hat um diesen Preis ja nie gebeten. Im Gegenteil, ich kann mir vorstellen, dass ihm diese Auszeichnung eher unangenehm war. Ich halte diesen Preis für einen ziemlich plumpen Versuch, Obama auf eine bestimmte Politik festzulegen und einen Kontrapunkt zu seinem Vorgänger zu setzen. Aktive Politiker als Nobelpreisträger sind immer riskant.

Die Obama-Jahre

AUSSENPOLITIK

- Iran: Atomabkommen
- Kuba: Diplomatische Beziehungen nach über 50 Jahren werden wieder aufgenommen
- Russland: Beziehungen verschlechtert
- Syrien: Kritik an Zurückhaltung, den Kampf zu beenden

STIL

Cool und elegant

„Vater, Ehemann und 44. Präsident der Vereinigten Staaten“ (Biografie auf Twitter)

RASSENKONFLIKT

Schwarze von Polizisten und Sicherheitspersonal getötet

„Trayvon Martin hätte ich sein können - vor 35 Jahren“

WIRTSCHAFT

Rückkehr zu alter Stärke nach schlimmster Krise seit 1929. Arbeitslosigkeit sinkt, aber Ungleichheit steigt

„Obamacare“ Millionen Amerikaner erhalten eine Krankenversicherung

20. Jan. 2009 Amtseinführung Erster schwarzer US-Präsident weckt große Erwartungen

9. Okt. Friedensnobelpreis „Überrascht und geehrt“

3. Nov. 2010 Demokraten verlieren Mehrheit im Repräsentantenhaus

1. Mai 2011 Osama bin Laden wird von US-Spezialkräften in Pakistan aufgespürt und getötet „Es wurde Gerechtigkeit geübt“

6. Nov. 2012 Obama wird wiedergewählt „Vier Jahre mehr...“

5. Nov. 2014 Republikaner gewinnen Mehrheit auch im Senat

5. Juli 2016 „Wir tragen Hillary zu ihrem Wahlsieg“

3. Sept. Obama ratifiziert UN-Klima-abkommen

20. Jan. 2017 Ende der Präsidentschaft

Stationen einer Präsidentschaft: Acht Jahre lang prägte Barack Obama das Schicksal der USA und der Welt.

Das Schlagwort aus Obamas erstem Wahlkampf war Change, also Wandel. Wo ist ihm dieser gelungen?

Mit der Gesundheitsreform ist ihm eine Maßnahme gelungen, von der Millionen Amerikaner profitieren – auch wenn andere dadurch zum Teil Nachteile zu erleiden haben. Allerdings versprechen alle amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Wandel. Dieses Versprechen lässt sich aber nicht so leicht einlösen, weil der amerikanische Präsident nicht so mächtig ist, wie viele Menschen glauben. Seine Handlungsfähigkeit wird stark durch den Kongress eingeschränkt und Obama hatte es die meiste Zeit im Amt mit einem republikanischen Kongress zu tun, der praktisch alles abgelehnt hat, was Obama vorgeschlagen hat.

Ist es dem ersten schwarzen Präsidenten deshalb auch nicht gelungen, die Rassenkonflikte in den USA zu entschärfen?

Das ist eine tragische Entwicklung. Es hat zum einen von Anfang an eine sehr lautstarke Minderheit in den USA gegeben, die im Prinzip die Legitimität eines Schwarzen im Weißen Haus bestritten hat. Zum anderen musste Obama sehr aufpassen, dass er nicht ausschließlich als Interessenvertreter der Afroamerikaner wahrgenommen wird und sich nicht gegen die Polizei stellt. Das war ein sehr schmaler Grat.

Waren die Erwartungen zu hoch?

Man hat Obama mitunter zu einer Art messianischen Gestalt erklärt – woran

er auch selbst einen Anteil hatte. So was muss einfach schiefgehen. Es war von vornherein klar, dass Erwartungen an ihn enttäuscht werden mussten. Auf der anderen Seite wurde er wiedergewählt und ich glaube auch, dass er gegen Trump gewonnen hätte, wenn er noch einmal hätte antreten dürfen. Er hat die Wähler durchaus noch mobilisiert.

Wird Donald Trump Obamas politisches Erbe nun liquidieren?

Er hat das ja versprochen und er wird sicher einiges davon umsetzen müssen. Ich denke, er wird wohl einen Teil der Gesundheitsreform zurückdrehen. Aber es lässt sich schwer vorhersagen, was Trump tun wird. Seine Handlungen sind einfach unvorhersehbar.

Israel will Haus des Attentäters zerstören

Merkel bestürzt über Anschlag

Jerusalem. (dpa) Israel sieht sich laut Ministerpräsident Benjamin Netanjahu nach dem tödlichen Lastwagen-Anschlag in Jerusalem einer neuen Bedrohung ausgesetzt. „Wir sind mit einer neuen Art des Angriffs konfrontiert, der Attacke eines einzelnen Attentäters, der inspiriert wird und sich von einer Sekunde zur anderen entschließt zuzuschlagen“, sagte Netanjahu am Montag beim Besuch von Verletzten in einem Krankenhaus in Jerusalem. Nach seinen Angaben wurde der Täter von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) inspiriert.

Israel will künftig entschlossener gegen Palästinenser vorgehen, die sich wie der Attentäter mit dem Terrornetzwerk IS identifizieren. IS-Anhänger sollen nach einer Entscheidung des Sicherheitskabinetts verstärkt in sogenannte Administrativhaft genommen werden. Diese erlaubt es, Häftlinge für jeweils verlängerbare Zeiträume von sechs Monaten ohne offizielle Anklage festzuhalten. Menschenrechtler haben diese Praxis immer wieder scharf kritisiert.

Netanjahu sagte, zum Schutz vor weiteren Angriffen dieser Art sollten in Jerusalem und an anderen Orten noch mehr Betonblöcke aufgestellt werden. Israelische Geheimdienste arbeiteten außerdem intensiv daran, potenzielle Einzeltäter schon im Voraus zu identifizieren.

Ein Palästinenser hatte am Sonntag seinen Lastwagen gezielt in eine Gruppe von Soldaten gelenkt. Drei Frauen und ein Mann wurden getötet und 17 weitere verletzt. Der Attentäter wurde erschossen. Es war der schwerste Anschlag seit Juni 2016, als zwei Palästinenser in einem Tel Aviv Freizeitpark vier Menschen erschossen hatten.

Israel will nach dem Anschlag rasch das Haus des Attentäters im Viertel Dschabel Mukaber zerstören. Israels Sicherheitskabinetts beschloss zudem, seine Leiche nicht an die Familie zu übergeben. Auch ein Antrag auf Familienzusammenführung im Gazastreifen solle nicht genehmigt werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Bundesregierung äußerten sich tief erschüttert über den neuen Terroranschlag. Regierungssprecher Steffen Seibert sagte: „Wir fühlen uns den Menschen in Israel und dem Staat Israel in diesen Stunden besonders verbunden.“ Mit Blick auf den Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin sagte Seibert weiter, auch viele Partner Deutschlands seien vom islamistischen Terror bedroht. Daher sollte man „den Kampf gegen die Mörder und ihre Hintermänner“ in weltweiter Solidarität und Gemeinsamkeit führen.

Guantanamo gibt es immer noch

Obamas Bilanz in Zahlen

Washington. (dpa) Die Präsidentschaft von Barack Obama sollte ein Aufbruch werden. Ein neues Zeitalter der Politik, offen und bürgernah, sollte anbrechen. Was ist acht Jahre später daraus geworden?

Guantanamo: 185 Häftlinge aus dem berüchtigten Lager hat Obama in seiner Amtszeit freigelassen oder in andere Länder verlegen lassen. Knapp 20 könnten in den nächsten Tagen noch folgen. Sein Versprechen, das Lager, das mit Folter und Unrecht in Verbindung gebracht wird, binnen eines Jahres zu schließen, konnte Obama nicht einhalten.



Afghanistan: Rund 25 000 US-Soldaten waren im Afghanistan-Einsatz, als Obama Präsident wurde. Heute sind es noch knapp 9000. Obama wollte die Truppen eigentlich ganz abziehen, musste aber einsehen, dass ein Teil noch weiter gebraucht wird, will er nicht die Rückkehr der Taliban an die Macht riskieren.

Homo-Ehe: Gleichgeschlechtliche Ehen sind in allen 50 Staaten der USA zulässig. Das ist vergleichsweise neu. Als Obama 2009 antrat, hatten Homosexuelle nur in ganz wenigen Staaten Rechtssicherheit. Im vergangenen Jahr entschied der Supreme Court, dass das Verbot von Homo-Ehen allerorten aufzuheben sei.

Schusswaffen: 9616 Menschen starben 2015 in den USA durch mit Schusswaffen verbundene Gewaltverbrechen. Das sind sogar mehr als zum Amtsantritt Obamas. Sein Ziel, den Missbrauch von Schusswaffen unter Kontrolle zu bringen, hat er verfehlt.

Als Versöhner ist Obama gescheitert

US-Präsident konnte die Spaltung der Amerikaner nicht überwinden – Er trat ein schweres Erbe an

Von Michael Donhauser

Washington. Fast wie ein Heiland war er gekommen. Von der Wolkenkratzerstadt Chicago gestartet und ins Weiße Haus gewählt, wollte Barack Obama ein ganz anderes Amerika bauen: fairer, toleranter, bunter, weltoffener. Acht Jahre hatte er Zeit. Er scheiterte oft, verpasste manches und erreichte dennoch viel. Am Ende muss er retten, was zu retten ist. In Chicago, dort wo er herkam, hält er nun seine letzte große Rede. Das Wort „Wir“ soll darin oft vorkommen, wird erzählt. „Wir, das Volk.“

Barack Obama, der erste schwarze Präsident der Vereinigten Staaten, packt die Koffer. „Yes, we can“ war einst sein Wahlkampfmotto. Obama der Macher, der Problemlöser, der Menschenfreund. Aber auch der jugendlich-sportliche Präsident mit der coolen Familie, modern und vorwärtsblickend, vorzeigbar. Die Bilanz seiner Präsidentschaft fällt gemischt aus. Obama machte vieles richtig, doch auch persönliche Fehler, – und stieß schließlich im vielfach politisch verkrusteten Washington auf Granit.

Ob Obama nun ein guter Präsident war, ein mittelmäßiger oder gar ein schlechter, wie es trotz erstklassiger Zustimmungswerte von bis zu 58 Prozent aus konservativen Kreisen tönt: Es ist eine Frage der Interpretation. Obama ließ den Terrorfürsten Osama bin Laden töten: Militärische Brillanz oder politische Dummheit? Obama führte erstmals eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ein: Teure Ideologie oder Geniestreich eines Sozialreformers? Obama schloss Frieden mit Kuba: Politisch gefährliche Großzügigkeit oder Heldentat eines Friedensengels?

Unbestritten ist, dass Obama bei seinem Amtsantritt 2009 einen Scherbenhaufen von seinem republikanischen Vorgänger George W. Bush übernommen hatte. Zum Ende seiner Amtszeit hatte der Republikaner praktisch abgewirtschaftet. Seine Zustimmungswerte waren auf einem historischen Tief, die US-Wirtschaft steckte in einer tiefen Krise. Bush hatte mit seinem ungerechtfertigten Eingriff in Irak dem Ruf der USA international schwer geschadet und kein Konzept für Afghanistan.



Modern, mit cooler Familie: Barack Obama mit Ehefrau Michelle (r.) und seinen Töchtern Malia Ann und Natasha (l.). Foto: AFP

Obama übernahm: Die Vorschusslorbeeren waren riesig. Ein paar Reden reichten, um Obama zum Träger des Friedensnobelpreises zu machen. „Wofür?“, fragte die Opposition in Washington. Obama kündigte den Wandel an, Amerika sollte in der Welt nicht mehr als der gefräßige Wolf wahrgenommen werden, sondern als ein potenter Freund.

Doch das war gefährlich. Heute ist klar: Obamas militärischer Abzug aus dem Irak kam zu früh, das Vakuum füllten Terroristen. Die Führungsrolle im Li-

byen-Konflikt nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis überließ er zwei schwachen Partnern: Frankreich und Großbritannien. China konnte Obama nur schwer in Schach halten, den russischen Präsidenten Wladimir Putin gar nicht. „Acht Jahre wurde Amerika von einem Präsidenten regiert, der unser Land nach außen systematisch kleinredete“, schreibt Jeff Jacoby im „Boston Globe“.

Innenpolitisch gelang ihm die Aufräumarbeit besser: Die Finanzkrise wurde überwunden, die gierigen Finanzjongleure an die Leine genommen. In acht Jahren hat Obama die Arbeitslosigkeit halbiert. Die Republikaner sind dennoch nicht zufrieden. Sie sprechen von der langsamsten Wirtschaftserholung der Geschichte – als wäre die Finanzkrise ein ganz normaler Wirtschaftszyklus gewesen.

Sein wichtigstes Ziel erreichte Obama nicht: Er wollte die Spaltung der Amerikaner überwinden. Unter Obama wuchs die Kluft zwischen der Landbevölkerung im Mittleren Westen und den Metropolen an den Küsten. Auch unter Obama wurden Reiche reicher und Arme ärmer. Auch nach Obama hat Amerika ein Bildungsproblem.

Gescheitert ist Obama auch im Nahen Osten. Die Deutungshoheit über Syrien hat inzwischen Wladimir Putin. Ein Frieden zwischen Israel und den Palästinensern ist weiter entfernt denn je. Ganz am Ende seiner Präsidentschaft winkt er noch eine Resolution im UN-Sicherheitsrat gegen Israel durch. Höchstpersönlich sorgt er nun dafür, dass auch sein Nachfolger sein Säcklein zu tragen haben wird. Obamas letzte Amtshandlungen waren allesamt Knüppel zwischen die Beine von Donald Trump.

Immer höhere Zusatzzahlungen für Zahnersatz

SPD fordert Entlastungen

Berlin. (rabu) Angesichts gestiegener Zahnersatz-Zuzahlungen fordert die SPD eine Entlastung der Versicherten. „Man kann inzwischen die soziale Situation eines Menschen wieder an seinen Zähnen erkennen. Gerade Rentner haben oft schlechte Zähne“, erklärte Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, gestern gegenüber unserer Berliner Redaktion. „Zahnanierungen werden häufig aufgeschoben – aus finanziellen Gründen. Das ist ein unhaltbarer Zustand.“ Lauterbach forderte, den Umfang der von den Krankenkassen zu ersetzenden Zahnersatzleistungen zu überprüfen und zu erweitern. „Die Zahlungen der Kassen sind weit hinter den Möglichkeiten eines modernen Zahnersatzes zurückgeblieben.“ Um den Anpassungsbedarf der Leistungen zu ermitteln, fordert er die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission.

Er reagiert damit auf neue Zahlen des Gesundheitsministeriums. Demnach hatten private Haushalte für Zahnersatz im Jahr 2005 noch rund 2,62 Milliarden Euro ausgegeben. 2014 waren es bereits 3,14 Milliarden Euro gewesen.

Die Krankenkasse BarmerGEK will zumindest bestimmte Versicherte entlasten. „Wir unterstützen unsere Versicherten mit der Möglichkeit, zu Behandlungsvorschlägen eine Zweitmeinung einzuholen“, erklärte Barmer-Chef Christoph Straub. „Abgesehen davon halte ich es für sinnvoll, bestimmte Patientengruppen mehr zu unterstützen. Etwa Menschen mit zahnlosem Unterkiefer, die künftig besser mit Implantaten versorgt werden sollten.“ Die Höhe der Eigenanteile sei immer das Ergebnis der Beratung der Zahnärzte und der darauf basierenden freien Entscheidung der Patienten.